



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen



Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksachenabteilung: Drucksachenabteilung / 1 5. Wahlperiode: 1959-63

(31.1.1961) Nr. 64 - Antwort des Senats an die Bürgerschaft

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen



Bremische Bürgerschaft (Landtag)

5. Wahlperiode

Drucksachenabteilung I

Mitteilungen und Antworten des Senats

Nr. 64

Antwort des Senats an die Bürgerschaft (Landtag)

vom 31. Januar 1961

Ausschüsse und Unterausschüsse bei den senatorischen Dienststellen

(Drucksachenabteilung II Nr. 135)

Auf die Anfrage des Abgeordneten Krammig und der CDU-Fraktion erteilt der Senat folgende Antwort:

Bei den senatorischen Dienststellen bestehen die nachstehend aufgeführten Ausschüsse und Unterausschüsse:

Senator für Inneres

Ausschuß für Verfassungsschutzfragen der Deputation für Inneres

Mitwirkung bei wichtigen Aufgaben des Landesamtes für Verfassungsschutz.

Am 8. Januar 1960 durch die Deputation für Inneres gebildet.

Marktausschuß der Deputation für Inneres

Mitwirkung bei der Einrichtung von Märkten.

Erstmals 1950 durch die Deputation für Inneres gebildet, zuletzt am 8. Januar 1960.

Beirat für Ortsamtsverwaltung

Der Beirat berät über Ortsamtsangelegenheiten, soweit sie für alle Ortsämter von Interesse sind.

Er wurde gemäß § 35 des Gesetzes über Ortsämter und Außenstellen der bremischen Verwaltung vom 3. Juli 1951 von dem Senator für Inneres gebildet. In der jetzigen Zusammensetzung besteht der Ausschuß seit dem Jahre 1959.

Beirat bei der Naturschutzbehörde

Mitwirkung in Fragen des Naturschutzes.

Auf Grund der als Landesrecht weitergeltenden Vorschriften des Reichsnaturschutzgesetzes vom 26. Juni 1935 und der hierzu ergangenen Durchführungsverordnungen gebildet. Die Beiräte werden vom Leiter der Naturschutzbehörde (Senator für Inneres) jederzeit widerruflich ernannt.

Sachverständigenausschuß für das Schornsteinfegerwesen

Mitwirkung bei dem Erlaß der Kehr- und Kehrgebührenordnung.

Seine Bildung erfolgte gemäß § 8 der Verordnung über das Schornsteinfegerwesen vom 28. Juli 1937.

Senator für das Bildungswesen

Bauausschuß der Deputation für die allgemeinbildenden Schulen

Er wirkt mit bei der Beratung der Schulbauplanung und der Durchführung der Bauprogramme für die allgemeinbildenden Schulen.

Erstmals am 6. April 1950 durch die Deputation für die allgemeinbildenden Schulen berufen, zuletzt am 13. Januar 1960.

Bauausschuß der Deputation für die Berufs- und Fachschulen

Mitwirkung bei der Beratung der Schulbauplanung und der Durchführung der Bauprogramme für die Berufs- und Fachschulen.

Erstmals am 6. April 1950 durch die Deputation für die Berufs- und Fachschulen berufen, zuletzt am 12. Januar 1960.

Ausschuß für die Bremer Künstlerförderung der Deputation für Kunst und Wissenschaft

Dem Ausschuß obliegt die Mitberatung der Künstlerförderung im bremischen Raum.

Erstmals am 8. Februar 1950 durch die Deputation für Kunst und Wissenschaft berufen, zuletzt am 27. Januar 1960.

Landesausschuß für die Deutsche Künstlerhilfe der Deputation für Kunst und Wissenschaft

Der Ausschuß wirkt mit bei der Beratung der Künstlerhilfe und -förderung auf Bundesebene.

Erstmals am 16. Juni 1953 durch die Deputation für Kunst und Wissenschaft berufen, zuletzt am 27. Januar 1960.

Hauptausleseausschuß

Er hat die Aufgabe, den Senator für das Bildungswesen in allen Auslesefragen zu beraten. Ihm obliegt außerdem die Vorbereitung und Überwachung der Auslese sowie die Behandlung von Einspruchsfällen.

Anfang 1946 durch den Senator für das Bildungswesen berufen. Benennung der Mitglieder erfolgte zunächst für fünf Jahre; weitere über die fünf Jahre hinausgehende Tätigkeit der Mitglieder ist möglich.

Lehr- und Lernbuchausschüsse an allgemeinbildenden Schulen mit Fachausschüssen

Den Ausschüssen obliegt die Prüfung und Beurteilung von Lehr- und Lernbüchern.

Erstmals in den Jahren 1954 und 1955 durch den Senator für das Bildungswesen berufen, zuletzt in den Jahren 1959 und 1960.

Beschaffungsausschüsse für Lehr- und Lernmittel (außer Büchern)

Mitwirkung bei der Prüfung und Beurteilung von Lehr- und Lernmitteln (außer Büchern), die für die Verwendung in den Schulen beschafft werden.

1949/1950 durch den Senator für das Bildungswesen berufen. Ständige Mitglieder und Neuberufung bei Ausscheiden eines Mitgliedes.

Beirat für Leibeserziehung

Ihm obliegt die Fachberatung in Fragen der Leibeserziehung an den Schulen.

Februar 1950 erstmals vom Senator für das Bildungswesen berufen, letzte Berufung 1953.

Ausschuß für Verwaltungsvereinfachung für Schulen

Er berät die Schulen und die Schulverwaltung bei der Vereinfachung der Verwaltungsarbeit.

Am 10. Juni 1953 vom Senator für das Bildungswesen berufen.

Ständige Mitglieder und Neuberufung bei Ausscheiden eines Mitgliedes.

Beirat für die Wohlfahrtsschule

Er hat eine beratende Funktion in Angelegenheiten der Wohlfahrtsschule.

Der Beirat wurde am 9. November 1955 von den Senatoren für das Bildungswesen, für Wohlfahrt und Jugend und für das Gesundheitswesen berufen.

Vorprüfungsausschuß zur Auswahl von Schulleitern

Er sichtet die eingegangenen Bewerbungen und stellt Vorschlagslisten auf.

Der Ausschuß wurde am 12. Mai 1954 von dem Senator für das Bildungswesen, der Deputation für die allgemeinbildenden Schulen und der Deputation für die Berufs- und Fachschulen berufen.

Ständige Mitgliedschaft; bei Ausscheiden eines Mitgliedes neue Berufung.

Ostdeutscher Arbeitskreis

Mitberatung in Angelegenheiten der ost- und mitteldeutschen Kulturarbeit gemäß § 96 Bundes-

vertriebenengesetz vom 14. August 1957 (BGBl. I S. 1215).

Am 23. Mai 1960 vom Senator für das Bildungswesen berufen.

Senator für Arbeit

Kreditausschuß

Fachliche Beratung des Landesamtes für Wiedergutmachung bei der Gewährung von Existenzaufbaudarlehen.

Der Ausschuß wurde am 12. Oktober 1956 gemäß § 10 der Zuständigkeits- und Verfahrensordnung zum Bundesentschädigungsgesetz vom 4. Dezember 1956 (Brem. Ges.-Bl. S. 153) vom Senator für Arbeit berufen.

Die Mitglieder des Ausschusses werden von der Deputation für Wiedergutmachung vorgeschlagen.

Die Zusammensetzung des Ausschusses wurde letztmalig am 19. Dezember 1958 geändert.

Senator für Wohlfahrt und Jugend

Landesjugendwohlfahrtsausschuß

Der Ausschuß befaßt sich beratend, anregend und fördernd mit Aufgaben des Landesjugendamtes und allen grundsätzlichen Fragen der Jugendfürsorge und Jugendpflege.

Er wurde gemäß § 2 des Ausführungsgesetzes zum Jugendwohlfahrtsgesetz vom 21. Dezember 1957 (Brem. Ges.-Bl. S. 184) gebildet.

Gutachterausschuß für jugendgefährdende Schriften

Der Ausschuß beschäftigt sich gutachtlich mit Anträgen auf Eintragung von Schriften in die Liste der jugendgefährdenden Schriften.

Er wurde gebildet nach der Anordnung zur Ausführung der Durchführungsverordnung zum Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften vom 8. Juni 1954 (Brem. Ges.-Bl. S. 59).

Landesbeirat für Vertriebenen- und Flüchtlingsangelegenheiten

Er berät die Behörden bei der Durchführung des Bundesvertriebenengesetzes vom 14. August 1957 (BGBl. I S. 1215).

Seine Bildung erfolgte auf Grund der Anordnung zur Durchführung dieses Gesetzes vom 20. November 1953 (Brem. Ges.-Bl. S. 124).

Beratende Arbeitsgemeinschaft zum Tuberkulosenhilfegesetz beim Landesfürsorgeverband Bremen

Die Arbeitsgemeinschaft ist dem Landesfürsorgeverband zugeordnet und beauftragt mit der Abstimmung der Maßnahmen und des Verwaltungsverfahrens der an der Bekämpfung der Tuberkulose beteiligten Stellen.

Berufen im Juni 1960 gemäß § 26 des Tuberkulosenhilfegesetzes vom 23. Juli 1959 (BGBl. I S. 513).

Beratende Arbeitsgemeinschaft zum Körperbehindertengesetz

Mitwirkung bei der Koordinierung der Maßnahmen der an der Körperbehindertenfürsorge beteiligten Stellen.

Vom Landesfürsorgeverband gemäß § 7 des Körperbehindertengesetzes vom 27. Februar 1957 (BGBl. I S. 147) im April 1959 berufen.

Beirat bei der Hauptfürsorgestelle für Schwerbeschädigte

Beratung der Hauptfürsorgestelle in grundsätzlichen Fragen der Schwerbeschädigtenfürsorge, bei der Aufstellung von Richtlinien und bei der Verwendung von Ausgleichsabgabemitteln.

Berufung durch die Hauptfürsorgestelle; letzte Neuwahl der Vertreter der Deputation für das Wohlfahrtswesen im Beirat am 14. Januar 1960.

Widerspruchsausschuß gemäß Reichsfürsorgepflichtverordnung

Der Ausschuß wirkt mit bei Entscheidungen über Widersprüche gegen die Ablehnung einer Fürsorge sowie die Feststellung ihrer Art und Höhe.

Er wurde gemäß § 3 a (2) Reichsfürsorgepflichtverordnung vom 13. Februar 1924 (RGBl. I S. 100) durch den Senator für Wohlfahrt und Jugend berufen. Am 14. Januar 1960 sind letztmalig die dem Ausschuß angehörenden Mitglieder der Deputation für das Wohlfahrtswesen neu gewählt worden.

Beschwerdeausschuß nach dem Schwerbeschädigtengesetz

Mitwirkung bei der Prüfung von Beschwerden gegen Anordnungen und Entscheidungen der Hauptfürsorgestelle.

Letzte Berufung gemäß § 27 des Schwerbeschädigtengesetzes in der Fassung vom 18. Juni 1953 (BGBl. I S. 389) im September 1957; Amtsdauer vier Jahre.

Beschwerdeausschuß für Kriegsgefangenenentschädigung

Der Ausschuß entscheidet über Beschwerden.

Er wurde gebildet auf Grund des § 19 des Kriegsgefangenenentschädigungsgesetzes in der Fassung vom 8. Dezember 1956 (BGBl. I S. 908); zuletzt am 5. Oktober 1960 sind die Beisitzer von der Bürgerschaft gewählt worden.

Beschwerdeausschuß für Häftlingshilfe

Der Ausschuß entscheidet als Beschwerdeinstanz darüber, ob ein Antragsteller politischer Häftling im Sinne des Gesetzes war und ob er Eingliederungshilfen erhalten muß.

Der Ausschuß wurde gebildet nach § 10 a des Häftlingshilfegesetzes in der Fassung vom 25. Juli 1960 (BGBl. I S. 578); seine Mitglieder sind erstmals im Januar 1961 durch den Senator für Wohlfahrt und Jugend ernannt worden.

Senator für das Gesundheitswesen

Haushaltsausschuß der Deputation für das Gesundheitswesen

Zweck des Ausschusses ist die Beratung der Haushaltsvoranschläge einschließlich des außerordentlichen Haushalts und Erstellung des Voranschlags der Haushaltsvoranschläge für die Deputation zur Beschlußfassung.

Erstmals am 15. Dezember 1948 von der Deputation für das Gesundheitswesen berufen, letztmalig in der Sitzung der Deputation am 13. April 1960.

Senator für das Bauwesen

Personalausschuß der Deputation für das Bauwesen

Der Ausschuß dient der Beratung wichtiger Personalangelegenheiten der Verwaltung.

Erstmals am 9. März 1956 von der Deputation für das Bauwesen berufen, letztmalig in der Sitzung der Deputation am 15. Januar 1960.

Grundstücks- und Vergabeausschuß der Deputation für das Bauwesen

Dem Ausschuß obliegt die Vergabe von Bauaufträgen und die Entscheidung aller Grundstücksan- und -verkäufe.

Er wurde erstmalig am 19. November 1948 als Vergabeausschuß von der Deputation für das Bauwesen berufen. Am 15. Januar 1960 Umbenennung durch die Deputation in „Grundstücks- und Vergabeausschuß“.

Beschwerdeausschuß der Deputation für das Bauwesen

Wirkt bei Entscheidungen über Widersprüche gegen Verwaltungsakte mit.

Wurde erstmals am 2. Mai 1957 von der Deputation für das Bauwesen gebildet, letztmalig in der Sitzung der Deputation am 15. Januar 1960.

Wohnungsbauausschuß der Deputation für das Bauwesen

Er bereitet die Entscheidungen der Deputation für das Bauwesen in Wohnungswirtschaftlichen Fragen vor und entscheidet gemeinsam mit dem Wohnungsbauausschuß des Senators für die Finanzen in Wohnungsbaufinanzierungsfragen.

Wurde am 15. Januar 1960 von der Deputation für das Bauwesen berufen.

Senator für Wirtschaft und Außenhandel

Ausschuß für Zinsbeihilfen der Deputation für Wirtschaft

Entscheidet über die Gewährung von Zinsbeihilfen zur Unterstützung des Handwerks, des Einzelhandels, der freien Berufe, der Kleinindustrie und der Betriebe der Fischwirtschaft gemäß Beschluß der Bremischen Bürgerschaft vom 18. Mai 1955 in der Fassung der Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft vom 27. Februar 1959.

Gebildet auf Grund des Beschlusses der Deputation für Wirtschaft vom 9. September 1959.

Ausschuß „Handwerkliche Gewerbebeförderung und Berufsförderung des Einzelhandels“ der Deputation für Wirtschaft

Beratender Ausschuß für die Vergabe von Zuwendungen aus Haushaltsmitteln zur Förderung des Handwerks und zur Berufsförderung des Einzelhandels.

Gebildet auf Grund der Beschlüsse der Deputation für Wirtschaft vom 24. Juni 1953 und 28. Juni 1956; letzte Änderung in der Zusammensetzung am 14. Januar 1960.

Sachkundeprüfungsausschuß für die Ein- und Ausfuhr sowie den Großhandel mit Sportwaffen und Munition sowie für Bearbeitung und Instandsetzung von Sportwaffen

Der Zweck des Ausschusses ergibt sich aus seiner Bezeichnung.

Er wurde gebildet auf Grund der ersten Anordnung über Sportwaffen und Munition vom 12. Januar 1951 (Ministerialblatt des Bundesministers für Wirtschaft vom 15. Januar 1951, Bundesanzeiger vom 13. Januar 1951).

Verbraucherausschuß

Befaßt sich mit der Wirtschaftspolitik und unterrichtet die Verbraucherschaft über beabsichtigte Maßnahmen der Verwaltung, hält Fühlung mit Handel, Industrie und Handwerk und vertritt dabei die Verbraucherinteressen gegenüber Maßnahmen der betreffenden Wirtschaftszweige, soweit diese für den Verbraucher von maßgeblicher Bedeutung sind.

Der Ausschuß wurde am 30. Juni 1955 durch den Senator für die Wirtschaft gebildet.

Beirat für die Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge aus der Landwirtschaft

Der Beirat nimmt Stellung zu Eingliederungsanträgen der Vertriebenen und Flüchtlinge aus der Landwirtschaft und hat eigene beratende Funktion.

Gebildet auf Grund des § 68 Absatz 2 des Bundesvertriebenengesetzes vom 14. August 1957 (BGBl. I S. 1215).

Die Beiratsmitglieder sind in Ausführung des Bundesvertriebenengesetzes durch die frühere Dienststelle „Senator für Ernährung und Landwirtschaft“ berufen worden.

Senator für Häfen, Schifffahrt und Verkehr

Vergabeausschuß der Deputation für Häfen, Schifffahrt und Verkehr

Der Ausschuß entscheidet über Anträge auf Vergabe von Leistungen und Lieferungen in folgender Höhe:

- a) freihändige Vergabe von 6000—250 000 DM;
- b) beschränkte Ausschreibung von 25 000—250 000 DM;
- c) öffentliche Ausschreibung von 50 000—250 000 DM.

Erstmalig am 31. März 1947 von der damaligen Deputation für Häfen und Schifffahrt gebildet. Die Deputation für Häfen, Schifffahrt und Verkehr hat den Vergabeausschuß zuletzt in ihrer Sitzung am 14. Januar 1960 neu berufen.

Vergabeausschuß der Deputation für den Fischereihafen in Bremerhaven

Der Ausschuß entscheidet innerhalb seines Aufgabengebiets über Anträge auf Vergabe von Leistungen und Lieferungen im gleichen Umfang wie der

Vergabeausschuß für Häfen, Schifffahrt und Verkehr für seinen Aufgabenbereich.

Erstmalig am 5. Juni 1948 von der Deputation für den Fischereihafen in Bremerhaven berufen. Letzte Änderung seiner Zusammensetzung am 15. Januar 1960 durch Beschluß der Deputation.

Senator für die Finanzen

Haushaltsausschuß der Finanzdeputation

Beauftragt mit der Vorbereitung der Haushaltspläne sowie ermächtigt, über Nachbewilligungsanträge, Aufhebung oder Ermäßigung von Sperrn und Bewilligung von Darlehen und Bürgschaften in bestimmtem Umfange zu entscheiden.

Wurde erstmalig am 26. Januar 1948 von der Finanzdeputation berufen, zuletzt am 13. Dezember 1960.

Wohnungsbauausschuß der Finanzdeputation

Dem Ausschuß obliegen gemeinsam mit dem Wohnungsbauausschuß der Deputation für das Bauwesen Entscheidungen über Grundsatzfragen der Wohnungsbaufinanzierung, über finanzielle Anträge von Wohnungsunternehmen sowie über alle Anträge auf Zins- und Tilgungshilfe im Lande Bremen.

Erstmalig am 5. März 1949 durch die Finanzdeputation berufen, zuletzt am 13. Dezember 1960 gebildet.

Grundstücksausschuß der Finanzdeputation

Der Ausschuß entscheidet über den An- und Verkauf von Grundstücken, soweit Stadt oder Land Bremen beteiligt sind, ferner über Erbbauverträge im Bereich der Hafenverwaltung.

Erstmalig am 26. Januar 1948 durch die Finanzdeputation berufen, zuletzt am 13. Dezember 1960.

Senatskommission für das Personalwesen

Vergabeausschuß

Der Ausschuß wirkt mit bei der Vergabe von Aufträgen an Firmen für die Lieferung von Dienstkleidung für Dienstkleidungsträger.

Der Ausschuß wurde mit Zustimmung der Deputation für Inneres im Juni 1960 von der Senatskommission für das Personalwesen berufen.